

VERANSTALTUNGSBERICHT

Simone Schelk

Titel:	Africa's Democratic Prospect
Anlass:	Verleihung der "2006 Democracy Awards"
Veranstalter:	National Endowment for Democracy
Art:	Roundtable Discussion
Datum:	27.06.06

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Kommunismus 1989 ist die demokratische Bewegung in Afrika in Bewegung gekommen. Im ganzen Kontinent wurden erstmals Wahlen abgehalten, die unabhängige Presse gewann an Einfluss und Diktatoren und militärische Regierungen sind von der Bildoberfläche verschwunden.

Die Realität 17 Jahre später jedoch ist ernüchternd: Während unbestreitbar einige Fortschritte erzielt wurden, bleibt die Aussicht auf Demokratie für Millionen von Afrikanern unsicher. Obwohl viele Regierungen die demokratischen Grundsätze angenommen haben, bleiben sie doch von politischen Eliten kontrolliert, die repressiv und unverantwortlich den Bedürfnissen der Bevölkerung gegenüber agieren. Regierungen verschiedener Typen haben nach wie vor mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, um wirtschaftliches Wachstum voranzutreiben, um gegen Armut und Arbeitslosigkeit anzukämpfen, um der Kriminalität Herr zu werden oder Korruption zu beseitigen. Dürre, Hungersnöte, die HIV/AIDS-Pandemie und andere Krankheiten erschüttern den Kontinent, auf dem ethnische und religiöse Konflikte weiterhin grassieren.

Dennoch gibt es inmitten dieser gewaltigen Herausforderungen Hoffnung. **The National Endowment for Democracy** zeichnet seit 1987 herausragende afrikanische Persönlichkeiten mit dem „Democracy Award“ aus, die sich für den Aufbau von Demokratie und Zivilgesellschaft einsetzen. In diesem Jahr waren dies **Zainab Hawa Bangura** (Sierra Leone), **Immaculée Birhaheka** (Demokratische Republik Kongo), **Reginald Matchaba-Hove** (Simbabwe) und **Alfred Taban** (Sudan).

In einer Diskussion erläuterten sie die Probleme, mit denen sie während ihrer täglichen Arbeit zu kämpfen haben und zeigten mögliche Lösungsansätze auf, um dem Kreislauf von Korruption und Macht zu entkommen. Wichtig war allen Preisträgern, deutlich zu machen, dass Afrika nicht nur ein Kontinent von Zerstörung und Kriminalität sei, sondern dass die Mehrzahl der Menschen für Freiheit und Demokratie eintritt. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, sagte Zainab Hawa-Bangura aus Sierra Leone.

Congressman und Vize-Präsident des Unterausschusses für Afrika, **Edward Royce**, eröffnete die Diskussion und gab einen Überblick über die momentane Verfassung der afrikanischen Staaten: zwar gebe es dort 18 demokratische,

davon könnten aber nur neun als tatsächlich frei gelten. „Das liegt hauptsächlich an dem schwachen institutionellen Rahmen.“ Die Hilfestellung anderer Nationen beim Aufbau von Demokratie sei nicht nur ein Prozess für die Menschen, sondern hauptsächlich mit ihnen, betonte Royce, der seit sieben Legislaturperioden im Kongress sitzt. Er zitierte Außenministerin Condoleezza Rice, wonach es beim Prozess der Demokratiebildung vor allem darum gehe, den Menschen die Möglichkeit zu geben, ihr eigenes Leben aufzubauen und ihre eigene Zukunft zu gestalten. Ein weiterer wichtiger Faktor sei wirtschaftliches Wachstum und die Weiterentwicklung des privaten Sektors. Der Weg hin zur Demokratie sei gekennzeichnet von vielen kleinen Schritten. „Die USA unterstützen diejenigen Regierungen, die Demokratie fördern“, beschrieb er die Strategie der Vereinigten Staaten gegenüber Afrika.

„Der Trend zur Demokratisierung hat begonnen und kann nicht mehr rückgängig gemacht werden“, sagte **Zainab Hawa Bangura**, eine der Preisträgerinnen des „Democracy Award“. Sie setzt sich in ihrem Heimatland Sierra Leone vor allem für Menschenrechte und für transparente und verantwortungsbewusste Regierungsführung ein. Als beispielhafte Entwicklungen nannte sie die zunehmende freie Presse in Malawi und Liberia und die Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Regierungsarbeit. „Eine der größten Herausforderungen ist die Investition in Institutionen, denn das braucht viel Zeit und Geld“, stellte sie fest.

Immaculée Birhaheka, Preisträgerin aus der Demokratischen Republik Kongo, machte vor allem ethnische Konflikte als Hürde auf dem Weg zur Demokratisierung aus. „Diese Spannungen machen es uns unglaublich schwer, eine Zivilgesellschaft aufzubauen.“ Birhaheke wurde mit dem „Democracy Award“ für ihren Einsatz für Frauenrechte ausgezeichnet. Um weitere Gesetze etablieren zu können, seien stabile Institutionen notwendig. „Hier profitieren wir von der Unterstützung der USA.“

Reginald Matchaba-Hove, der sich in Simbabwe für Menschenrechte, freie und transparente Wahlen und die Einrichtung von grundlegenden sozialen Dienstleistungen eingesetzt hat, betonte, dass es in Afrika zwar viel Korruption und viele schwache Institutionen gebe. „Aber es passiert dort auch viel Gutes.“ Er zeigte auf, dass es zwei verschiedene Entwicklungen in Bezug auf Zivilgesellschaft und Nationalität in den post-kommunistischen afrikanischen Staaten gegeben habe: zum einen die Entwicklung hin zu selbstständigen Demokratien wie in Südafrika, zum anderen in die entgegengesetzte Richtung wie in Simbabwe oder in der Elfenbeinküste. „Ich sehe diese ethnischen Kleinstaaten inmitten der jeweiligen Staaten als eine der größten Herausforderungen“, machte Matchaba-Hove deutlich und verwies auf die aktuelle Entwicklung in Darfur, Sudan. „Auf solche Konflikte waren wir nicht vorbereitet und müssen nun lernen, damit umzugehen.“ Als ein weiteres Problem auf dem Weg zur Demokratie machte er die Militarisierung von staatlichen

Institutionen aus. „Hier müssen wir die Zivilgesellschaft stärken, damit sie die Militärs nicht aus Angst vor ihnen unterstützt.“

Dass China mittlerweile der drittgrößte Investor in Afrika ist, wie Congressman Royce zuvor deutlich gemacht hatte, sieht Matchaba-Hove in sofern problematisch, weil China ein undemokratischer Staat sei. Deshalb sei China ein schlechtes Vorbild für Afrika, weil es zeige, dass eine starke Wirtschaft auch ohne Demokratie möglich sei. „Für uns gibt es aber keine Entwicklung ohne Demokratie und Menschenrechte“, sagte er.

Auch **Alfred Taban**, Preisträger aus Sudan, betonte: „Afrika ist mehr als die Krise in Darfur.“ Taban, der für seine Arbeit als Autor und Präsident bei Sudans einziger unabhängiger englischsprachiger Zeitung ausgezeichnet wurde, machte deutlich, dass es für das Scheitern von Demokratie solange kein Gegenrezept gebe, solange in dem jeweiligen Staat kein Rechtssystem etabliert sei. „Die Menschen wollen Frieden und Stabilität, aber sie wollen ebenso diejenigen zur Rechenschaft ziehen und bestrafen, die den Völkermord begehen“, beschrieb er die Stimmung in seinem Land. Gegenüber der Politik der Vereinigten Staaten fand er klare Worte: „Die USA haben im Kalten Krieg solche Regime wie im Kongo unterstützt. Sie rührten keinen Finger, weil sie Afrika und gerade solche Staaten wie Algerien, Marokko oder Tunesien als Bollwerk gegen die Sowjetunion benutzt haben.“ Er warnte davor, Afrika jetzt zu vergessen, „weil der Krieg gegen den Terror überwiegt“.

Die weiteren Redner der Diskussion stimmten in den meisten Punkten mit den Preisträgern überein.

Miria Matembe, Mitglied des ugandischen Parlaments, wies auf einen weiteren schwierigen Punkt bei der Etablierung von Demokratie hin: Präsidenten, die ihr Amt an ihren Sohn quasi vererben und somit eine eigene „Dynastie“ schaffen.

Theodros Dagne, Afrika-Fachmann im Congressional Research Service, wies darauf hin, dass Wahlen kein Indikator für eine Demokratie seien und plädierte für die Etablierung eines Rechtssystems. „Wir können erst dann Fortschritte machen, wenn die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.“

J. Stephen Morrison, Direktor des Afrika-Programms am Center for Strategic International Studies, mahnte zur Vorsicht bei der Bewertung der Rolle Chinas in Afrika. „China hat keine Schlüsselrolle, dafür gibt es zu viele andere Faktoren.“